

EuKommunal 27. Ausgabe

Kommunale Nachrichten aus und für Europa
18. Juli 2007

1. EU und kommunale Selbstverwaltung

Der Europäische Reformvertrag wird die kommunale Selbstverwaltung stärken. Das hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) in einer ersten Wertung der Beratungsergebnisse des Ratsgipfels festgestellt. Ausschlaggebend ist dabei Art 4 Abs.2 des Reformvertrags, der das kommunale Selbstverwaltungsrecht ausdrücklich als Bestandteil der nationalen Identität der Mitgliedstaaten anerkennt. Diese Vorschrift lautet wie folgt: „Die Union achtet die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt.“ Zusammenfassend erklärt der DStGB: „Hervorzuheben ist die ausdrückliche Anerkennung des Rechts der kommunalen Selbstverwaltung oder die Stärkung der europäischen Subsidiaritätskontrolle. Positiv ist auch die Betonung der nationalen und kommunalen Zuständigkeit bei der Erbringung der Dienste der Daseinsvorsorge, wengleich hier die Frage zu klären ist, wie es um eine diesbezügliche EU-Gesetzgebungszuständigkeit bestellt sein wird. Nach langem und zum Teil auch hartem Ringen in den Europäischen Ratsgremien gibt es nun eine realistische Aussicht, dass schon bei den nächsten Europawahlen im Juni 2009 diese aus der Sicht der Kommunen so unverzichtbaren Regelungen in der EU in Kraft sein werden.“

2. Leipzig Charta

Zwei für die Kommunen wichtige Dokumente sind in Leipzig verabschiedet worden. Die Leipzig Charta zur nachhaltigen Stadt und die Territoriale Agenda der EU fanden am 25. Mai 2007 die Zustimmung der für die Stadtentwicklung zuständigen Minister. Diese Dokumente werden die kommunalrelevante EU-Politik in den Schlüsselbereichen „Stadtentwicklung“ und „ländlicher Raum“ maßgeblich beeinflussen.

Der Wortlaut der beiden Dokumente und wichtige Begleitinformationen sind im Internet abrufbar unter

<http://www.bmvbs.de/-,2623.997045/Informelles-Ministertreffen-zu.htm>

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_995332/Leipzig-Charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-Stadt-Endgueltiger-Entwurf-2.-Mai-2007.pdf

http://www.bmvbs.de/Anlage/original_995372/Territoriale-Agenda-der-EU-Endgueltiger-Entwurf.pdf

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/guides/urban/index_de.htm

3. EU-Regionalpolitik

Vom 8. bis 11. Oktober finden die OPEN DAYS zur EU-Regionalpolitik statt. Tagungsorte sind Brüssel und 70 andere Städten in ganz Europa. Unter dem Motto „Mehr Wachstum und Beschäftigung – die Regionen und Städte machen’s möglich“ werden zu den 180 Workshops und Seminaren Vertreter der Öffentlichkeit, des Bankensektors, des Privatsektors sowie Politiker nationaler und regionaler Ebene aus ganz Europa erwartet. Das Programm umfasst fünf Hauptthemen: Investitionen in wettbewerbsfähige Unternehmen und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, Förderung regionaler Innovation, Investitionen in die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und in Umwelttechnologie, Förderung öffentlich-privater Partnerschaften

für größere Infrastrukturprojekte und die Verringerung des Verwaltungsaufwands bei der Verwaltung der Strukturfonds im Zeitraum 2007-2013. Die Einzelheiten (englisch) unter

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/doc/pdf/programme_290607.pdf

Um an einem der Seminare oder einer Konferenz teilzunehmen, können Sie sich online unter folgender Adresse anmelden: www.opendays.europa.eu

Die Teilnahme ist kostenlos.

4. Tourismus

Die Kommission hat für September 2007 eine Agenda zum Tourismus angekündigt (siehe auch EUK 25. Ausgabe Nr. 4). Die Grundlage (der Aktionsrahmen) dieser „Agenda für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Tourismus“ ist von einer Gruppe zur Nachhaltigkeit im Tourismus (GNT) vorbereitet worden. Die GNT setzt sich aus Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften / Zivilgesellschaft und Reisezielen (22 Sachverständige) zusammen. Eine der Aufgaben der Gruppe bestand darin, den Entwurf eines detaillierten Aktionsrahmens auszuarbeiten. Die Mitglieder der GNT fungierten als eigenverantwortliche Experten (d.h. bei dem GNT-Bericht handelt es sich nicht um einen Bericht der Kommission). Sie formulierten im Februar 2007 ihre Empfehlungen und Vorschläge in Form eines Berichts mit dem Titel „Action for more Sustainable European Tourism“. Die in dem GNT-Bericht enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen fließen in die angekündigte Agenda ein und werden nun unter Beteiligung aller maßgeblichen Akteure einer breit angelegten öffentlichen Befragung zugänglich gemacht. Weitere Einzelheiten unter

http://ec.europa.eu/enterprise/services/tourism/tourism_sustainability_group.htm

5. Antidiskriminierung

Termin: 15. Oktober 2007

Die Kommission hat eine Online-Konsultation zum Thema Antidiskriminierung eingeleitet. Es gibt bereits Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung in den Bereichen Beschäftigung und Ausbildung. Die Konsultation fragt nun ab, ob es eine generelle Zustimmung zur Schaffung entsprechender Vorschriften für den Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich gibt. Dabei geht es um Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters und der sexuellen Ausrichtung außerhalb des Bereichs Beschäftigung und Beruf. Die Initiative der Kommission hat Auswirkungen auf die Kommunen in ihrer Funktion als Arbeitgeber. Eine Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 15. Oktober 2007 möglich. Mit dem Start der Konsultation erlangt eine Studie aus 2006 besondere Bedeutung, die sich mit den unterschiedlichen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierungen befasst. Für Deutschland stellt die Studie fest, dass hier in den allermeisten Bereichen bereits ein bedeutsamer Schutz vorhanden ist. Der Fragebogen ist im Internet abrufbar unter

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Discrimination&lang=DE>

Die vergleichende Studie (83 Seiten) in Deutsch ist abrufbar unter

http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/pdf/pubst/stud/mapstrand_1_de.pdf

6. Grünbuch – Asylverfahren

Termin 31. August 2007

Die Kommission hat ein Grünbuch für ein Europäisches Asylsystem vorgelegt. Darin stellt sie eine stärkere Vereinheitlichung der Asylverfahren zur öffentlichen Diskussion, unter anderem eine Überprüfung des Konzepts der so genannten

sicheren Drittstaaten, Zeitvorgaben für die Dauer von Asylanerkennungsverfahren, eine Arbeitserlaubnis und Integrationsmaßnahmen bereits für Asylbewerber, Regelung der in einigen Mitgliedstaaten praktizierten Inhaftierung von Asylbewerbern, detaillierte Vorschriften über die Anerkennung von Verfolgungsgründen bei Frauen und Kindern sowie Leitlinien zu Befragungsmethoden. Für die Zeit nach der Anerkennung werden unter anderem eine Gleichbehandlung von humanitären Flüchtlingen mit anerkannten Asylbewerbern und die Übertragung der Schutzpflicht auf andere EU-Mitgliedstaaten debattiert. Ferner geht es um die Einrichtung einer EU-Asylagentur, etwa für die Entsendung von Prüfteams in Mitgliedstaaten mit besonders hoher Antragsdichte. Das Grünbuch (29 Seiten) vom 6 Juni 2007 ist abrufbar unter

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/doc/com_2007_301_de.pdf

Um eine für den 18. Oktober 2007 anberaumte öffentliche Anhörung vorzubereiten, bittet die Kommission alle interessierten Kreise, ihre Antworten auf diese Konsultation schriftlich bis zum 31. August 2007 an folgende Anschrift zu senden: Referat „Zuwanderung und Asyl“ – „Grünbuch Asylpolitik“, Generaldirektion „Justiz, Freiheit und Sicherheit“, Europäische Kommission, B-1049 Brüssel, E-Mail: JLS-asile-livre-vert@ec.europa.eu

7. EU Abfallrahmenrichtlinie

Die Umweltminister haben eine politische Einigung zur Abfallrahmenrichtlinie erzielt. Insgesamt sieht der Ratsbeschluss eine Stärkung der nationalen Entsorgungsstrukturen für Haushaltsabfälle vor. Umstritten waren insbesondere die Definition von „Verwertung“ und die Abgrenzung zu „Beseitigung“. Danach haben die Mitgliedstaaten unter anderem das Recht, Abfallimporte aus anderen EU-Staaten zu verhindern, wenn sie anderenfalls Probleme bekommen, ihren eigenen Abfall der Verwertung zuzuführen. Vereinbart wurde am 28. Juni 2007 auch, dass Hausmüll in jedem Fall als „Beseitigungsmüll“ und nicht als „Verwertungsmüll“ anzusehen ist. Damit gelten strengere Regeln für die Entsorgung. Der ursprüngliche Kommissionsentwurf wird nun entsprechend der politischen Einigung geändert und dem Parlament zugeleitet. Mit der 2. Lesung ist im November 2007 zu rechnen. Der Kompromisstext ist in deutscher Sprachversion abrufbar unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10804-ad01.de07.pdf>

8. EU Wasserpolitik

Die Umweltminister haben eine politische Einigung zu Substanzen im Trinkwasser verabschiedet. Damit soll bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ein guter chemischer Zustand der Oberflächengewässer erreicht werden. Bis 2015 sollen sich alle Gewässer innerhalb der EU in einem guten ökologischen Zustand befinden. Im Mittelpunkt der politischen Einigung stehen daher gemeinschaftliche Umweltqualitätsnormen (UQN) für 33 prioritäre Schadstoffkonzentrationen und andere Schadstoffe. Darüber hinaus soll die Landwirtschafts-, Regional- und Fremdenverkehrspolitik stärker in Maßnahmen zur Wasserbewirtschaftung eingebunden werden. Nach dieser grundsätzlichen Einigung wird der zugrunde liegende Kompromisstext noch überarbeitet, sodass ein Richtlinienvorschlag für eine der nächsten Ratssitzungen erarbeitet werden kann. Der Kompromisstext ist in deutscher Sprachversion abrufbar unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10790-ad01.de07.pdf>

9. Grünbuch Klimawandel

Termin 30. November 2007

Die Kommission hat eine Internet - Konsultation zum Grünbuch „Anpassung an den Klimawandel in Europa“ eingeleitet. Für die kommunale Planungspraxis enthält das Grünbuch ganz gewichtige Aussagen. So soll die Klimasicherung in die Richtlinie über Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) und die Richtlinie über strategische Umweltprüfungen (SUP) einbezogen und die Umweltkosten durch umfassende Kosten-Nutzen-Analysen und Folgenabschätzungen offen gelegt werden. Voraussetzung für EU Förderung sollen Anpassungsmaßnahmen an die langfristigen Folgen des Klimawandels Voraussetzung werden. Dies ist vor allem für Infrastrukturprojekte von Bedeutung. So müssen große Infrastrukturen (auch Brücken, Häfen und Autobahnen) mit einer Lebenserwartung von 80 bis 100 Jahren und andere Infrastrukturen mit einer Lebensdauer von 20 bis 50 Jahren „klimasicher“ sein. Es reicht nicht aus, dass Investitionen unter heutigen Bedingungen optimal sind; sie müssen die künftigen Klimabedingungen und ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit der Ökosysteme berücksichtigen.

Zu dem umfassenden Ideen katalog werden in der Internet-Konsultation 28 Fragen gestellt. Die öffentliche Konsultation läuft bis zum 30. November 2007. Die Antworten werden bei der Erarbeitung einer Mitteilung über die Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt, die die Kommission bis Ende 2008 vorlegen will. Das Grünbuch (30 Seiten) unter

http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0354de01.pdf

Die in die Textfassung integrierten 28 Fragen der Internet - Konsultation unter http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0354de01.doc

Die Presseinformation der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/979&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

10. Charta der Energieverbraucher

Die Kommission hat den Vorschlag für eine Charta der Rechte von Energieverbrauchern vorgelegt. Damit sollen für die Bereiche Strom und Gas die Rechte der Verbraucher festgeschrieben werden. Angesprochen werden unter anderem Verträge, Auskünfte, Preise, Streitbeilegung und den Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken. Die Interessensvertreter (Verbrauchervertreter, Energieregulierungsbehörden, Mitgliedstaaten und die Gas- und Elektrizitätsindustrie) werden zu den vorgeschlagenen Inhalten der Charta konsultiert. Das endgültige Papier soll dann von den Interessensvertretern Anfang Dezember 2007 unterzeichnen werden. Der Wortlaut der Mitteilung mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Europäischen Charta der Rechte der Energieverbraucher“ und die Einladung, sich an der Konsultation zu beteiligen, können unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/energy/energy_policy/consumers/doc/2007_07_05_comm_386_de.pdf

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1026&format=HTML&aged=0&language=DE>

11. Schulen

Termin: 15. Oktober 2007

Die Kommission hat eine Konsultation zur Zukunft der Schulen in Europa eingeleitet. Damit sollen die Bereiche ausfindig gemacht werden, in denen ein gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene erforderlich ist. Anlass für diese Initiative ist die Feststellung, dass z.B. 2005 sechs Millionen Jugendliche die Schule vorzeitig

verlassen haben. In der Konsultation werden acht Schlüsselbereiche angesprochen: Lehrplan, lebenslanges Lernen, Wirtschaftsrelevanz, Gerechtigkeit, Integration, staatsbürgerschaftliche Einstellung und Demokratie, Lehrkräfte sowie Management. Die Ergebnisse sollen in eine Mitteilung der Kommission eingehen. Interessierte Kreise können sich bis zum 15. Oktober 2007 an der Konsultation beteiligen. Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1080&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Die Konsultation in Englisch unter

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/index_de.html

12. Naturwissenschaften an Grundschulen

Der naturwissenschaftliche Unterricht an Grund- und Sekundarschulen soll auf Methoden des Erforschens ausgerichtet werden (siehe auch EUK 19. Ausgabe Nr. 15). Das ist die Empfehlung einer Expertengruppe, die Maßnahmen gegen das schwindende Interesse junger Menschen für naturwissenschaftliche Studien ermitteln sollte. Empfohlen wird die Methode des „Learning by doing“, bei der die Lehrkraft die Schüler dazu anleitet, die Naturwissenschaften selbst zu entdecken. Die politischen Entscheidungsträger in Europa werden aufgerufen, einen auf das Erforschen ausgerichteten naturwissenschaftlichen Unterricht einzuführen. Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/797&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

siehe auch

<http://ec.europa.eu/research/science-society/index.cfm?fuseaction=public.topic&id=1100>

http://ec.europa.eu/research/science-society/document_library/pdf_06/report-rocard-on-science-education_en.pdf

13. Weißbuch Sport Termin Oktober 2007

Die EU-Kommission hat ein Weißbuch zur Rolle des Sports vorgelegt. Das Papier ist das Ergebnis ausführlicher Anhörungen aller Beteiligten während der letzten beiden Jahren, zuletzt eine im Februar 2007 durchgeführten Online-Konsultation. Das Weißbuch enthält einen detaillierten Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen. Der Aktionsplan befasst sich insbesondere mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aspekten des Sports, darunter die öffentliche Gesundheit, Bildung, soziale Eingliederung, ehrenamtliche Tätigkeiten, Außenbeziehungen und Sportfinanzierung. Konkret sieht der Aktionsplan neue Leitlinien für die körperliche Aktivität, ein EU-Netzwerk für Bewegung, die Veranstaltung eines jährlichen Europäischen Sportforums und die Vergabe eines Europäischen Siegels an Schulen vor, die sich aktiv für die Unterstützung körperlicher Aktivitäten einsetzen. Schließlich ist die Förderung der sozialen Eingliederung und Integration durch sportliche Aktivitäten mit Hilfe von EU-Programmen und -Fonds angedacht. Die Kommission wird das Weißbuch Sport im Herbst 2007 auf einer Konferenz vorstellen und mit den Akteuren des Sportbereichs diskutieren. Die Ergebnisse werden dann dem Parlament und den EU-Sportministern Ende 2007 vorgelegt. Das Weißbuch (22 Seiten) vom 11. Juli 2007 kann im Internet unter folgender Adresse abgerufen werden:

http://ec.europa.eu/sport/whitepaper/wp_on_sport_de.pdf

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7207_de.htm

14. Familie

Es gibt ein Webportal zur Europäischen Allianz für Familie. Geboten werden Links und Informationen zur Familienpolitik der einzelnen Mitgliedstaaten, einen Überblick über Studien zu familienpolitischen Themen und Hinweise zu aktuellen Veranstaltungen.

http://europaeische-allianz-fuer-familien.de/index_de.html

15. Demografie

Die Kommission hat eine hochrangige Expertengruppe zum Thema Demographie eingesetzt. Ziel ist insbesondere der Austausch von Erfahrungen und bewährter Vorgehensweisen, auch in den Bereichen aktives Altern, Familienpolitik, Betreuung älterer und / oder pflegebedürftiger Menschen und älterer Migranten. Die Gruppe setzt sich aus Vertretern aller Mitgliedstaaten sowie einer kleinen Zahl unabhängiger Experten zusammen. Einzelheiten unter

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/789&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/docs/sec_2007_638_en.pdf

16. Unfälle im Ausland

Schadensersatz und Schmerzensgeld kann grenzüberschreitend leichter durchgesetzt werden. Die Schadensabwicklung im EU – Ausland ist durch eine Verordnung des Parlaments erleichtert worden. Der deutsche Tourist, der in Ungarn von einem LKW angefahren wird, an dessen Steuer ein Italiener sitzt, kann sein Recht einfacher und schneller durchsetzen. Es gilt das Recht des Landes, in dem der Schaden eingetreten ist; aber es müssen alle tatsächlich eingetretenen Kosten berücksichtigt werden, z.B. die Behandlungskosten in einem relativ teuren deutschen Krankenhaus.

17. Unfallbericht

Es gibt für alle EU - Mitgliedsländer Formulare für den „Europäischen Unfallbericht“. Diese können bei den Versicherungsunternehmen angefordert werden. Die jeweils zweisprachigen Formulare erleichtern bei einem Unfall die Aufnahme der Daten. Die Formulare haben eine Durchschrift, so dass beide Parteien am Unfallort ein Exemplar in ihrer Sprache erhalten.

18. EU Portal für Unternehmen

Ein neues Internetportal liefert Informationen für Unternehmer. Unter dem Motto „Europa für Sie – Dialog mit Unternehmen“ gibt es für grenzüberschreitende Unternehmen praxisnahe Informationen über Eintragung von Unternehmen, öffentliches Auftragswesen, Steuerrecht, Unternehmensregister, Finanzierungsmöglichkeiten sowie zum Arbeitsrecht in den einzelnen Mitgliedstaaten.

http://ec.europa.eu/youreurope/index_de.html#

19. Steuern in Europa

Die EU-Kommission verbessert ihre Online-Datenbank. Das System enthält – leider nur in Englisch - Informationen über rund 500 Steuern in allen Mitgliedstaaten, die der Kommission von den nationalen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Eine Suchmaschine ermöglicht das zielgenaue Suchen unter rund 500 Steuerinformationen für Unternehmen und Bürger in den Mitgliedstaaten. Die Datenbank bietet außerdem kostenfrei Angaben zur rechtlichen Grundlage, der

Bemessungsgrundlage, den angewendeten Sätzen zur Klassifizierung und vieles mehr.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/gen_info/info_docs/tax_inventory/index_de.htm

20. EU – Fachbegriffe

Für die EU – bezogene Terminologie gibt es jetzt eine Datenbank in 23 EU-Sprachen. In dieser Datenbank (IATE) sind die Terminologiedatenbanken der einzelnen Organe und Einrichtungen der EU zusammengefasst worden (Parlament, Rat, Kommission, Gerichtshof, Investitionsbank, Übersetzungszentrum). Die Datenbank enthält derzeit 8,7 Millionen Begriffe und 500.000 Abkürzungen und 100.000 Satzteile. Dem Benutzer stehen für einen bestimmten Begriff in einer Ausgangssprache die entsprechenden Begriffe in einer oder mehreren ausgewählten Zielsprachen zur Verfügung. IATE ist frei zugänglich und kann von jedem Übersetzer in einer EU-Institution ergänzt und aktualisiert werden. Weiteres unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/962&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

21. Wettbewerbe

Die Kommission hat eine Website für alle Wettbewerbe. Die Bandbreite geht vom Europäischen Fotowettbewerb für Vielfalt über den Europa-Nostra-Preis bis hin zum Mies-van-der-Rohe-Preis, dem europäischen Preis für zeitgenössische Architektur.

http://ec.europa.eu/prizes_competitions/culture/index_de.htm